



Armut weltweit überwinden statt Rechtspopulismus stärken

Pressemitteilung von Heike Hänsel, 18. Januar 2016

„Mit dem Vorstoß von Sigmar Gabriel, Entwicklungsgelder für Staaten Nordafrikas von der Bereitschaft zur Rücknahme von Flüchtenden abhängig zu machen, schwenkt nun auch der SPD-Chef offen auf die rechtspopulistische Linie von Teilen der Union ein. Diese Positionen haben nichts mehr mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun“, kommentiert Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, aktuelle Äußerungen des Vizekanzlers. Hänsel weiter:

„Gabriel torpediert damit jegliche entwicklungspolitischen Grundsätze und betreibt eine plumpe Politik der Erpressung. Die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung wird damit Teil ihrer repressiven Flüchtlingspolitik. Als Wirtschaftsminister sollte sich Gabriel endlich mit den Fluchtursachen beschäftigen, zu denen er fleißig beiträgt, in dem er immer neue Genehmigungen von Rüstungsexporten – auch nach Nordafrika – erteilt. In Algerien beispielsweise sind laut Amnesty International Folter und geheime Haft an der Tagesordnung. Das hat Gabriel nicht abgehalten,

Waffenlieferungen zu genehmigen. Statt Waffen nach Nordafrika zu schicken, sollten Zukunftsperspektiven für die Jugendlichen vor Ort aufgebaut werden, zum Beispiel im Bereich der Solarenergie und der ländlichen Entwicklung. Das bedeutet auch eine Absage an die neoliberalen Freihandelsabkommen zwischen der EU und Nordafrika, deren Befürworter Sigmar Gabriel ist, die jedoch mit ihrer Privatisierungs- und Marktöffnungspolitik zu weiterer Armut und Arbeitslosigkeit in diesen Ländern beitragen.“